

Der Shdanow Bericht (22. September 1947)

Legende: In einem bei der Informationsberatung der kommunistischen Parteien in Szklarska Poreba, Polen, vorgetragenen Bericht am 22. September 1947 kritisiert Andrej Shdanov, dritter Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), heftig die amerikanische Politik. Bei dieser Informationsberatung treffen sich die Vertreter der kommunistischen Parteien aus der Sowjetunion, Bulgarien, Frankreich, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Quelle: SHDANOW, A. Über die internationale Lage, Vortrag, gehalten auf der Informationsberatung von Vertretern einiger kommunistischer Parteien in Polen Ende September 1947. Berlin: SWA-Verlag, 1947. 34 S. "x", auteur:x, p. 3-34.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/der_shdanow_bericht_22_september_1947-de-914edbc9-abdf-48a6-9c4a-02f3d6627a24.html

Publication date: 03/07/2015

Der Shdanow Bericht (22. September 1947)

I. Die Weltlage nach dem Kriege

Die Beendigung des zweiten Weltkrieges führte zu wesentlichen Veränderungen in der gesamten internationalen Lage. Die militärische Zerschmetterung des Blocks der faschistischen Staaten, der antifaschistische Befreiungscharakter des Krieges sowie die entscheidende Rolle der Sowjetunion bei dem Sieg über die faschistischen Aggressoren haben das Kräfteverhältnis zwischen den zwei Systemen - dem sozialistischen und dem kapitalistischen - einschneidend zugunsten des Sozialismus verändert.

Worin besteht das Wesen dieser Veränderungen?

Das Hauptergebnis des zweiten Weltkrieges stellte die Tatsache der militärischen Niederlage Deutschlands und Japans, der zwei militaristischsten und aggressivsten Länder des Kapitalismus, dar. Die reaktionären imperialistischen Elemente in der ganzen Welt, besonders in England, in den USA und in Frankreich, setzten ihre besonderen Hoffnungen auf Deutschland und Japan, in erster Linie aber auf Hitlerdeutschland als die Kraft, die erstens am ehesten imstande wäre, einen Schlag gegen die Sowjetunion zu führen, um sie, wenn auch nicht zu vernichten, so doch jedenfalls zu schwächen und ihren Einfluß zu untergraben, und die zweitens fähig wäre, die revolutionäre Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung in Deutschland selbst und in allen Ländern, die Objekt der Hitleraggression wurden, zu zerschlagen und damit die Gesamtlage des Kapitalismus zu festigen. Darin bestand eine der Hauptursachen der sogenannten Münchner Politik der »Befriedung« und der Begünstigung der faschistischen Aggression vor dem Kriege, einer Politik, die von den herrschenden imperialistischen Kreisen Englands, Frankreichs und der USA konsequent durch geführt wurde.

Aber die Hoffnungen, die die englisch-französisch-amerikanischen Imperialisten auf die Nazis gesetzt hatten, erfüllten sich nicht. Die Nazis waren, wie sich herausstellte, schwächer, die Sowjetunion und die freiheitsliebenden Völker dagegen stärker, als die Münchenianer angenommen hatten. Als Folge des zweiten Weltkrieges wurden die Hauptkräfte der kriegerischen internationalen faschistischen Reaktion geschlagen und für längere Zeit außer Gefecht gesetzt.

Im Zusammenhang damit hat das kapitalistische Weltsystem als Ganzes noch einen weiteren schweren Verlust erlitten. Wenn das wichtigste Ergebnis des ersten Weltkrieges die Durchbrechung der einheitlichen imperialistischen Front und der Abfall Rußlands vom kapitalistischen Weltsystem gewesen war, wenn infolge des Sieges der sozialistischen Ordnung in der UdSSR der Kapitalismus aufgehört hatte, das einzige allumfassende System der Weltwirtschaft zu sein, so führten der zweite Weltkrieg und die Zerschmetterung des Faschismus, die Schwächung der Weltpositionen des Kapitalismus und die Verstärkung der antifaschistischen Bewegung zum Abfall einer Reihe von Ländern Mittel- und Südosteuropas vom imperialistischen System. In diesen Ländern entstand ein neues demokratisches Volksregime. Das große Beispiel des Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, die Rolle der sowjetischen Armee als Befreierin vereinten sich mit dem Aufschwung des nationalen Befreiungskampfes der Massen der freiheitsliebenden Völker gegen die faschistischen Eindringlinge und ihre Helfershelfer. Im Verlauf dieses Kampfes wurden die profaschistischen Elemente, die mit Hitler zusammengearbeitet hatten, die Kollaborationisten - die einflußreichsten Großkapitalisten und Gutsherren, die höchste Beamtenschaft und die monarchistische Offizierskaste -, als Verräter der nationalen Interessen entlarvt. Die Befreiung von der deutsch-faschistischen Sklaverei war in den Donauländern mit der Entfernung der durch die Zusammenarbeit mit dem deutschen Faschismus kompromittierten Oberschicht der Bourgeoisie und der Gutsherren von der Macht und mit der Machtergreifung neuer Kräfte aus dem Volke verbunden, die sich im Kampf gegen die Hitlerschen Unterjocher bewährt hatten. In diesen Ländern kamen Vertreter der Arbeiter und Bauern sowie Vertreter der fortschrittlichen Intellektuellen an die Macht. Da die Arbeiterklasse überall den größten Heroismus, die größte Konsequenz und Unversöhnlichkeit im antifaschistischen Kampfe gezeigt hatte, war ihr Ansehen und ihr Einfluß im Volke unermesslich gewachsen.

Auf die Volksmassen gestützt, vermochte die neue demokratische Macht in Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Albanien in kürzester Frist fortschrittliche

demokratische Reformen durchzuführen, zu denen die bürgerliche Demokratie nicht mehr fähig ist. Die Agrarreform gab den Boden in die Hände der Bauern und führte zur Liquidierung der Gutsherrenklasse. Die Nationalisierung der Großindustrie und der Banken sowie die Beschlagnahme des Eigentums der Verräter, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, untergruben die Positionen des Monopolkapitals in diesen Ländern und befreiten die Massen von der imperialistischen Sklaverei. Gleichzeitig wurde die Grundlage für ein dem ganzen Volke gehörendes Staatseigentum gelegt und ein neuer Staatstyp - die Volksrepublik - geschaffen, in dem die Macht dem Volke gehört, die Großindustrie, das Verkehrswesen und die Banken dem Staat gehören, und in dem die führende Kraft der Block der werktätigen Klassen der Bevölkerung mit der Arbeiterklasse an der Spitze ist. Die Völker dieser Länder haben sich dadurch nicht nur aus den Klauen des Imperialismus befreit, sondern sie legen die Grundlage für den Übergang zur sozialistischen Entwicklung.

Die internationale Bedeutung und das Ansehen der UdSSR sind infolge des Krieges unermesslich gestiegen. Die UdSSR war die führende Kraft und die Seele der militärischen Zerschmetterung Deutschlands und Japans. Um die Sowjetunion schlossen sich die demokratischen progressiven Kräfte der ganzen Welt zusammen. Der sozialistische Staat bestand die schwersten Prüfungen des Krieges und ging aus dem Kampf auf Leben und Tod gegen den ungeheuer starken Feind als Sieger hervor. Statt zu einer Schwächung der UdSSR kam es zu ihrer Stärkung.

Auch das Antlitz der kapitalistischen Welt hat sich wesentlich verändert. Von den sechs sogenannten imperialistischen Großmächten (Deutschland, Japan, England, USA, Frankreich, Italien) schieden drei infolge der militärischen Zerschmetterung aus (Deutschland, Italien, Japan). Frankreich ist ebenfalls geschwächt worden und hat seine ehemalige Bedeutung als Großmacht eingebüßt. Auf diese Weise sind nur zwei »große« imperialistische Weltmächte übriggeblieben - die Vereinigten Staaten und England. Aber die Positionen der einen von ihnen, Englands, sind erschüttert. Während des Krieges zeigte sich der englische Imperialismus in militärischer und politischer Hinsicht als geschwächt. In Europa erwies sich England angesichts der deutschen Aggression als machtlos. In Asien vermochte die größte imperialistische Macht, England, nicht, mit eigenen Kräften ihre Kolonialbesitztümer zu halten. Nachdem England vorübergehend die Verbindungen zu den Kolonien verloren hatte, die das Mutterland mit Lebensmitteln und Rohstoffen versorgten und einen bedeutenden Teil seiner Industrieproduktion aufnahmen, geriet es in kriegswirtschaftliche Abhängigkeit von den amerikanischen Lebensmittel- und Industrielieferungen, und nach Beendigung des Krieges begann die finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit Englands von den USA noch zu wachsen. Nach Kriegsende ist es England zwar gelungen, seine Kolonien zurückzugewinnen, es stieß jedoch in den Kolonien auf den erstarkten Einfluß des amerikanischen Imperialismus, der während des Krieges in allen Gebieten, die vor dem Kriege als Monopoleinflusssphäre des britischen Kapitals galten (arabischer Osten, Südostasien), seine Aktivität entfaltet hatte. Der Einfluß Amerikas erstarkte auch in den Dominions des britischen Empire und in Südamerika, wo die ehemalige Rolle Englands in bedeutendem und immer größerem Maße an die USA übergeht.

Die durch die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges bedingte Verschärfung der Krise des Kolonialsystems kam in einem mächtigen Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien und den abhängigen Ländern zum Ausdruck. Dadurch wurde das kapitalistische System im Rücken bedroht. Die Kolonialvölker wollen nicht mehr wie bisher leben. Die herrschenden Klassen des Mutterlandes können nicht mehr die Kolonien auf die alte Weise regieren. Die Versuche, die nationale Befreiungsbewegung durch Waffengewalt zu unterdrücken, stoßen jetzt auf den immer stärker werdenden bewaffneten Widerstand der Kolonialvölker und führen zu langwierigen Kolonialkriegen (Holland-Indonesien, Frankreich-Vietnam).

Der Krieg, der eine Folgeerscheinung der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern war, führte zu einer weiteren Verschärfung dieser Ungleichmäßigkeit. Von allen kapitalistischen Mächten ist eine einzige kapitalistische Macht - die USA - aus dem Krieg nicht geschwächt, sondern sowohl in wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht bedeutend gestärkt hervorgegangen. Die amerikanischen Kapitalisten haben am Kriege ordentlich verdient. Gleichzeitig hat das amerikanische Volk die den Krieg begleitenden Entbehrungen, das Joch der Besatzung, den Schrecken der Luftangriffe nicht erfahren, während die Menschenopfer der USA, die in den Krieg faktisch in der letzten Etappe eintraten, als das Schicksal des Krieges bereits entschieden war, relativ gering waren. Für die USA diente der Krieg vor

allem als Anstoß zu einer umfassenden Entfaltung der industriellen Produktion und zu einer energischen Steigerung des Exports (vor allem nach Europa).

Das Kriegsende stellte die Vereinigten Staaten von Amerika vor eine Reihe neuer Probleme. Die kapitalistischen Monopole waren bestrebt, ihre Profite auf dem bisherigen hohen Stand zu halten, und suchten zu diesem Zweck zu erreichen, daß der Kriegsumfang der Lieferungen nicht zurückging. Aber dazu mußten die USA sich jene Auslandsmärkte erhalten, welche amerikanische Erzeugnisse während des Krieges aufgenommen hatten, und neue Märkte erwerben, da die Kaufkraft der meisten Staaten durch den Krieg stark abgesunken war. Es verstärkte sich auch die finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit dieser Staaten von den USA. Die USA investierten im Auslande Kredite in Höhe von 19 Milliarden Dollar, die Investitionen in der Internationalen Bank und in dem Internationalen Währungsfonds nicht eingerechnet. Die Hauptkonkurrenten der USA, Deutschland und Japan, sind vom Weltmarkt verschwunden, und das schuf neue, sehr große Möglichkeiten für die USA.

Während vor dem zweiten Weltkriege die einflußreichsten reaktionären Kreise des amerikanischen Imperialismus sich für die Politik des Isolationismus einsetzten und sich der aktiven Einmischung in die Angelegenheiten Europas oder Asiens enthielten, gingen die Herren der Wallstreet unter den neuen Nachkriegsbedingungen zu einer neuen Politik über. Sie stellten ein Programm der Ausnutzung der gesamten militärischen und wirtschaftlichen Macht Amerikas auf, um die während des Krieges erkämpften Positionen im Auslande nicht nur zu halten und zu festigen, sondern sie auch noch maximal zu erweitern und auf dem Weltmarkt Deutschland, Japan und Italien zu ersetzen. Die heftige Schwächung der wirtschaftlichen Macht der anderen kapitalistischen Staaten schuf die Möglichkeit einer spekulativen Ausnutzung der wirtschaftlichen Nachkriegsschwierigkeiten, die die Unterwerfung dieser Länder unter die amerikanische Kontrolle und u. a. die Ausnutzung der wirtschaftlichen Nachkriegsschwierigkeiten Großbritanniens erleichtern. Die USA verkündeten einen neuen, unverhüllt eroberungslüsternden, expansionistischen Kurs.

Dieser neue, unverhüllt expansionistische Kurs der USA hat sich das Ziel gesteckt, die Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus zu errichten. Im Interesse der Festigung ihrer Monopolstellung auf den Märkten, die die USA infolge des Verschwindens ihrer beiden größten Konkurrenten - Deutschland und Japan - sowie der Schwächung der kapitalistischen Partner der USA - England und Frankreich - gewonnen hatten, ist der neue Kurs der USA-Politik auf ein umfassendes Programm von Maßnahmen militärischer, wirtschaftlicher und politischer Natur berechnet, die das Ziel verfolgen, in allen das Objekt der USA-Expansion darstellenden Ländern die politische und wirtschaftliche Herrschaft der USA zu errichten, diese Länder zu Satelliten der USA herabzuwürdigen und in ihnen ein inneres Regime zu schaffen, das alle Hindernisse beseitigen würde, die der Ausbeutung dieser Länder durch das amerikanische Kapital von Seiten der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung in den Weg gelegt werden. Diesen neuen politischen Kurs versuchen die USA jetzt nicht nur auf die militärischen Feinde von gestern oder auf die neutralen Staaten auszudehnen, sondern in immer stärkerem Maße auch auf die militärischen Verbündeten der USA.

Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Ausnutzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands - eines Alliierten und gleichzeitig eines alten kapitalistischen Rivalen und Konkurrenten der USA - gewidmet. Der amerikanische expansionistische Kurs geht davon aus, daß man England aus den wirtschaftlichen Klammern der Abhängigkeit von den USA, in die es während des Krieges geraten ist, nicht nur nicht entweichen lassen dürfe, sondern daß man im Gegenteil den Druck auf England verstärken müsse, um ihm nach und nach die Kontrolle über die Kolonien wegzunehmen, um es aus seinen Einflußsphären zu verdrängen und zu einer Vasallenmacht herabzudrücken.

Auf diese Weise ist die neue Politik der USA auf die Behauptung ihrer Monopolstellung gerichtet und darauf berechnet, ihre kapitalistischen Partner in eine untergeordnete, von den USA abhängige Stellung zu bringen.

Aber dem Streben der USA nach der Weltherrschaft steht die UdSSR - das Bollwerk der antiimperialistischen und antifaschistischen Politik - mit ihrem wachsenden internationalen Einfluß, stehen

die Länder der neuen Demokratie, die die Kontrolle des anglo-amerikanischen Imperialismus abgeschüttelt haben, stehen die Arbeiter aller Länder, darunter auch die Arbeiter in Amerika selbst, im Wege, die keine neuen Kriege für die Herrschaft ihrer Unterdrücker wünschen. Deshalb ist der neue expansionistische und reaktionäre Kurs der USA-Politik auf den Kampf gegen die UdSSR, gegen die Länder der neuen Demokratie, gegen die Arbeiterbewegung in allen Ländern, gegen die Arbeiterbewegung in den USA und gegen die antiimperialistischen Befreiungskräfte in allen Ländern berechnet.

Durch die Erfolge des Sozialismus in der UdSSR, durch die Erfolge der Länder der neuen Demokratie und durch das Wachsen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung in allen Ländern der Welt nach dem Kriege beunruhigt, sind die amerikanischen Reaktionäre geneigt, die Aufgabe der »Retter« des kapitalistischen Systems vor dem Kommunismus zu übernehmen.

Somit erinnert das offen expansionistische USA-Programm außerordentlich an das ruhmlos gescheiterte Abenteuerprogramm der faschistischen Aggressoren, die bekanntlich ebenfalls vor kurzem Anwärter auf die Weltherrschaft waren.

Ähnlich wie seinerzeit die Nazis bei der Vorbereitung der räuberischen Aggression sich hinter ihrem Antikommunismus versteckten, um sich die Möglichkeit zu sichern, alle Völker und in erster Linie ihr eigenes Volk zu unterdrücken und zu versklaven, tarnen die regierenden Kreise der USA von heute ihre Expansionspolitik und sogar ihre Offensive gegen die vitalen Interessen des schwächeren imperialistischen Konkurrenten England durch pseudodefensive antikommunistische Ziele. Das fieberhafte Wettrüsten, der Bau neuer militärischer Stützpunkte sowie die Schaffung von Aufmarschgebieten für die amerikanischen Streitkräfte in allen Erdteilen wird fälschlich und pharisäerhaft begründet mit der Notwendigkeit der »Abwehr« einer nur in der Phantasie existierenden militärischen Bedrohung durch die UdSSR. Die amerikanische Diplomatie, die zu Methoden der Einschüchterung, Bestechung und Erpressung greift, entreißt den anderen kapitalistischen Ländern - und in erster Linie England - das Einverständnis zur legalen Festigung der privilegierten amerikanischen Positionen in Europa und Asien - in den westlichen Zonen Deutschlands, in Österreich, Italien, in Griechenland, der Türkei, Ägypten, Iran, Afghanistan, China, Japan usw.

Die amerikanischen Imperialisten, die sich als die Hauptkraft betrachten, die der UdSSR, den Ländern der neuen Demokratie, der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung in allen Ländern der Welt gegenübersteht, und sich für das Bollwerk der reaktionären, antidemokratischen Kräfte in der ganzen Welt halten, haben buchstäblich am Tage nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges die Wiederherstellung einer der UdSSR und der Weltdemokratie feindlichen Front sowie die Förderung der volksfeindlichen reaktionären Kräfte - der Kollaborationisten und ehemaligen kapitalistischen Strohmannen - in den europäischen Ländern in Angriff genommen, die, vom Hitlerjoch befreit, begonnen haben, ihr Leben nach eigener Wahl einzurichten.

Die böswilligsten imperialistischen Politiker, die das Gleichgewicht verloren haben, begannen auf Churchills Spuren Pläne zu einer möglichst raschen Verwirklichung eines Präventivkrieges gegen die UdSSR aufzustellen und rufen dabei offen dazu auf, das zeitweilige amerikanische Atomwaffenmonopol gegen die Sowjetmenschen auszunutzen. Die Brandstifter eines neuen Krieges versuchen, nicht nur die UdSSR, sondern auch andere Länder, insbesondere China und Indien, einzuschüchtern und zu erpressen, indem sie die UdSSR verleumderisch als den möglichen Aggressor darstellen und sich selbst als »Freunde« Chinas und Indiens und als »Retter« vor der kommunistischen Gefahr anbieten, die dazu berufen seien, den Schwächeren »zu helfen«. Auf diese Weise erreicht man, Indien und China auch weiterhin in Abhängigkeit vom Imperialismus zu halten und politisch und wirtschaftlich zu versklaven.

II. Die neue Gruppierung der politischen Kräfte nach dem Kriege und das Entstehen von zwei Lagern, des imperialistischen und antidemokratischen Lagers einerseits und des antiimperialistischen und demokratischen andererseits

Die als Folge des Krieges eingetretenen grundlegenden Änderungen in der internationalen Lage und in der Lage der einzelnen Länder haben das gesamte politische Weltbild verändert. Es entstand eine neue

Gruppierung der politischen Kräfte. Je größer die Periode ist, die uns vom Kriegsende trennt, desto krasser treten zwei Hauptrichtungen in der internationalen Nachkriegspolitik hervor, die der Teilung der in der Weltarena wirkenden politischen Kräfte in zwei Hauptlager entsprechen: das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers stellen die USA dar. Im Bunde mit den USA befinden sich England und Frankreich, wobei das Bestehen einer Labour-Regierung Attlee-Bevin in England und der sozialistischen Ramadier-Regierung in Frankreich England und Frankreich nicht daran hindern, in allen wichtigen Fragen im Fahrwasser der imperialistischen USA-Politik als Satelliten zu segeln. Das imperialistische Lager wird ferner unterstützt von Kolonialstaaten, wie Belgien und Holland, von Ländern mit einem reaktionären, antidemokratischen Regime, wie die Türkei und Griechenland, von Ländern, die - wie die Länder des Nahen Ostens, Südamerikas und China - politisch und wirtschaftlich von den USA abhängig sind.

Das Hauptziel des imperialistischen Lagers stellt die Festigung des Imperialismus dar, die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, der Kampf gegen Sozialismus und Demokratie sowie die Unterstützung reaktionärer und antidemokratischer profaschistischer Regimes und Bewegungen.

Bei der Lösung dieser Aufgaben ist das imperialistische Lager bereit, sich auf die reaktionären und antidemokratischen Kräfte in allen Ländern zu stützen und seine militärischen Gegner von gestern gegen seine militärischen Verbündeten zu unterstützen.

Die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte stellen das andere Lager dar. Die Grundlage dieses Lagers bilden die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie. Ihm gehören ferner solche Länder an, wie Rumänien, Ungarn und Finnland, die mit dem Imperialismus gebrochen und fest den Weg der demokratischen Entwicklung beschritten haben. An das antiimperialistische Lager schließen sich Indonesien und Vietnam an, mit ihm sympathisieren Indien, Ägypten, Syrien. Das antiimperialistische Lager stützt sich auf die Arbeiterbewegung und auf die demokratische Bewegung in allen Ländern, auf die brüderlichen kommunistischen Parteien in allen Ländern, auf die Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegung in den kolonialen und den abhängigen Ländern sowie auf die Hilfe aller fortschrittlichen demokratischen Kräfte, die in jedem Lande vorhanden sind. Das Ziel dieses Lagers ist der Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege und gegen die imperialistische Expansion, die Festigung der Demokratie sowie die Ausrottung der Überbleibsel des Faschismus.

Die Beendigung des zweiten Weltkrieges stellte allen freiheitsliebenden Völkern die überaus wichtige Aufgabe, einen dauerhaften demokratischen Frieden zu gewähren, der den Sieg über den Faschismus verankert. Bei der Lösung dieser Hauptaufgabe der Nachkriegsperiode fällt der Sowjetunion und ihrer Außenpolitik die führende Rolle zu. Das ergibt sich aus dem Wesen des sozialistischen Sowjetstaates, dem alle aggressiven Ausbeuterregungen zutiefst fremd sind und der daran interessiert ist, möglichst günstige Voraussetzungen zur Durchführung des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft zu schaffen. Eine dieser Voraussetzungen ist der äußere Frieden. Als Trägerin eines neuen, höheren Gesellschaftssystems spiegelt die Sowjetunion in ihrer Außenpolitik die Wünsche der gesamten fortschrittlichen Menschheit wider, die zu einem dauerhaften Frieden strebt und an keinem neuen Krieg interessiert sein kann, der eine Folgeerscheinung des Kapitalismus ist. Die Sowjetunion ist eine getreue Verfechterin der Freiheit und Unabhängigkeit für alle Völker, eine Feindin der nationalen und rassischen Unterdrückung sowie der kolonialen Ausbeutung in jeder Form. Das durch den zweiten Weltkrieg veränderte Kräfteverhältnis zwischen der Welt des Kapitalismus und der Welt des Sozialismus hat die Bedeutung der Außenpolitik des Sowjetstaates noch mehr erhöht und die Maßstäbe seiner außenpolitischen Aktivität erweitert.

Die Aufgabe der Sicherung eines gerechten demokratischen Friedens vereinigte alle Kräfte des antiimperialistischen und antifaschistischen Lagers. Auf dieser Grundlage wuchs und erstarkte die freundschaftliche Zusammenarbeit der UdSSR und der demokratischen Länder in allen Fragen der Außenpolitik. Diese Länder und vor allem die Länder der neuen Demokratie - Jugoslawien, Polen, die Tschechoslowakei, Albanien -, die eine große Rolle in dem Befreiungskrieg gegen den Faschismus gespielt haben, sowie Bulgarien, Rumänien, Ungarn und zum Teil auch Finnland, die sich der antifaschistischen Front angeschlossen haben, erwiesen sich in der Nachkriegsperiode als standhafte Kämpfer für Frieden, für

Demokratie und für ihre Freiheit und Unabhängigkeit gegen alle Versuche der USA und Englands, ihre Entwicklung zurückzudrehen und sie erneut unter das imperialistische Joch zu zwingen.

Die Erfolge und das Anwachsen des internationalen Ansehens des demokratischen Lagers paßten den Imperialisten nicht. Bereits während des zweiten Weltkrieges wuchs in England und den USA ständig die Aktivität der reaktionären Kräfte, die danach strebten, das gemeinsame Vorgehen der alliierten Mächte zu hintertreiben, den Krieg in die Länge zu ziehen, die UdSSR sich ausbluten zu lassen und die faschistischen Aggressoren vor einer vollständigen Zerschmetterung zu retten. Die Sabotierung der zweiten Front durch die angelsächsischen Imperialisten mit Churchill an der Spitze spiegelte klar diese Tendenz wider, die im Grunde genommen eine Fortsetzung der »München-Politik« unter neuen, veränderten Verhältnissen darstellte. Aber solange der Krieg andauerte, wagten die reaktionären Kreise Englands und der USA nicht, der Sowjetunion und den demokratischen Ländern mit offenem Visier entgegenzutreten, weil sie sich wohl bewußt waren, daß die Sympathien der Volksmassen in der ganzen Welt ungeteilt auf der Seite der Sowjetunion und der demokratischen Länder waren. Aber bereits in den letzten, dem Kriegsende vorangehenden Monaten begann die Lage sich zu ändern. Bereits im Laufe der Verhandlungen auf der Berliner Konferenz der drei Mächte im Juli 1945 zeigten die anglo-amerikanischen Imperialisten, daß sie nicht gewillt sind, die legitimen Interessen der Sowjetunion und der demokratischen Länder zu berücksichtigen.

Die Außenpolitik der Sowjetunion und der demokratischen Länder in den vergangenen zwei Jahren ist eine Politik des Kampfes um eine konsequente Verwirklichung der demokratischen Grundsätze der Nachkriegswelt. Die Staaten des antiimperialistischen Lagers erwiesen sich als getreue und konsequente Verfechter dieser Grundsätze, von denen sie kein Jota abwichen. Deshalb stellte der Kampf für einen demokratischen Frieden, für die Liquidierung der Überbleibsel des Faschismus und für die Verhinderung einer Wiedergeburt der faschistisch-imperialistischen Aggression, für die Behauptung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der Völker und für Achtung ihrer Souveränität, um die allgemeine Abrüstung und für das Verbot der die größten Zerstörungen verursachenden Waffen, die zur Massenvernichtung der friedlichen Bevölkerung bestimmt sind, die Hauptaufgabe der Außenpolitik der demokratischen Staaten nach dem Kriege dar. Bei der Lösung aller dieser Aufgaben stießen die Sowjetdiplomatie und die Diplomatie der demokratischen Staaten auf den Widerstand der anglo-amerikanischen Diplomatie, die nach dem Kriege ständig und konsequent einen Kurs hält, der auf die Ablehnung der während des Krieges durch die Alliierten verkündeten allgemeinen Grundsätze für den Aufbau der Nachkriegswelt und den Ersatz dieser Politik des Friedens und der Festigung der Demokratie durch eine neue Politik gerichtet ist, die auf die Untergrabung des allgemeinen Friedens, auf den Schutz der faschistischen Elemente und auf die Verfolgung der Demokratie in allen Ländern hinausläuft.

Von gewaltiger Bedeutung ist die gemeinsame Tätigkeit der Diplomatie der UdSSR und der demokratischen Staaten, die auf die Lösung des Problems der Einschränkung der Rüstungen und des Verbots der die größten Zerstörungen verursachenden Waffe - der Atombombe - gerichtet ist.

Auf Initiative der Sowjetunion hin wurde in der Organisation der Vereinten Nationen der Vorschlag zur allgemeinen Einschränkung der Rüstungen und zur Anerkennung der Vordringlichkeit der Aufgabe eingebracht, die Erzeugung und Ausnutzung der Atomenergie zu militärischen Zwecken zu verbieten. Dieser Vorschlag der Sowjetregierung stieß auf den erbitterten Widerstand der USA und Englands. Alle Anstrengungen der imperialistischen Kreise waren darauf gerichtet, diesen Beschluß zu sabotieren, was in der endlosen und fruchtlosen Errichtung aller möglichen Hindernisse und Barrieren zum Ausdruck kam, die den Zweck hatten, die Annahme irgendwelcher wirksamen praktischen Maßnahmen zu verhindern. Die Tätigkeit der Delegierten der UdSSR und der demokratischen Länder in den Organen der Organisation der Vereinten Nationen trägt den Charakter eines ständigen systematischen und beharrlichen Kampfes um die demokratischen Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit und zur Entlarvung der Intrigen der imperialistischen Verschwörer gegen den Frieden und die Sicherheit der Völker.

Das zeigt sich z. B. besonders anschaulich bei der Erörterung der Situation an der Nordgrenze Griechenlands. Die Sowjetunion stellte sich zusammen mit Polen entschlossen gegen die Ausnutzung des Sicherheitsrats zur Diskreditierung Jugoslawiens, Bulgariens und Albaniens, die von den Imperialisten

lügenhaft aggressiver Akte gegen Griechenland beschuldigt werden.

Die sowjetische Außenpolitik geht von der Tatsache aus, daß zwei Systeme - der Kapitalismus und der Sozialismus - für eine längere Periode nebeneinander bestehen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Ländern anderer Systeme unter der Bedingung, daß der Grundsatz der Gegenseitigkeit gewahrt wird und daß übernommene Verpflichtungen eingehalten werden. Bekanntlich war die UdSSR stets den von ihr übernommenen Verpflichtungen treu und wird es auch weiterhin bleiben. Die Sowjetunion hat ihren Willen und ihren Wunsch zur Zusammenarbeit gezeigt.

Eine ganz entgegengesetzte Politik führen in der Organisation der Vereinten Nationen England und Amerika durch, die alles tun, um von ihren früher übernommenen Verpflichtungen abzurücken und sich die Hände zur Durchführung einer neuen Politik frei zu machen, die nicht auf die Zusammenarbeit der Völker berechnet ist, sondern darauf, die Völker gegeneinander zu hetzen, die Rechte und Interessen der demokratischen Völker zu verletzen und die UdSSR zu isolieren.

Die sowjetische Politik hält an einem Kurs der Aufrechterhaltung loyaler gutnachbarlicher Beziehungen mit allen Staaten fest, die den Wunsch zur Zusammenarbeit zeigen. Den Ländern gegenüber, die aufrichtige Freunde und Verbündete der Sowjetunion sind, hat sie sich stets als ein treuer Freund und Verbündeter verhalten und wird es auch weiterhin tun. Die sowjetische Außenpolitik ist auf einen weiteren Ausbau der freundschaftlichen Hilfe der Sowjetunion an diese Länder berechnet.

Die sowjetische Außenpolitik, die die Sache des Friedens vertritt, lehnt das Prinzip der Rache gegenüber den besiegten Völkern ab.

Bekanntlich ist die UdSSR für die Bildung eines einheitlichen friedlichen entmilitarisierten demokratischen Deutschlands. In seiner Charakterisierung der sowjetischen Deutschlandpolitik wies J. W. Stalin darauf hin, daß »die Politik der Sowjetunion in der deutschen Frage kurz gesagt auf die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands hinausläuft ... Die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands stellt eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Errichtung eines stabilen und dauerhaften Friedens dar«. Diese Politik des Sowjetstaates Deutschland gegenüber stößt jedoch auf einen wütenden Widerstand der imperialistischen Kreise der USA und Englands.

Die Tagung des Außenministerrats in Moskau in den Monaten März und April 1947 hat gezeigt, daß die USA, England und Frankreich bereit sind, nicht nur die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands zu sabotieren, sondern sogar Deutschland als einheitlichen Staat zu liquidieren, zu spalten und die Frage des Friedens separat zu lösen.

Die Durchführung dieser Politik erfolgt jetzt unter neuen Verhältnissen, da Amerika mit dem alten Kurs Roosevelts gebrochen hat und zu einer neuen Politik, zu einer Politik der Vorbereitung neuer militärischer Abenteuer übergeht.

III. Der amerikanische Plan zur Knechtung Europas

Der Übergang des amerikanischen Imperialismus zu einem aggressiven, unverhüllt expansionistischen Kurs nach Beendigung des zweiten Weltkrieges fand seinen Ausdruck sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik der USA. Die aktive Unterstützung der reaktionären antidemokratischen Kräfte in der ganzen Welt, die Sabotierung der Potsdamer Beschlüsse zur Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Begünstigung der japanischen Reaktionäre, die Erweiterung der militärischen Vorbereitungen sowie Anhäufung von Atombombenvorräten - das alles ist begleitet von einer Offensive gegen die demokratischen Elementarrechte der Werktätigen in den USA selbst.

Obwohl die USA durch den Krieg relativ wenig berührt wurden, wünscht die überwältigende Mehrheit der Amerikaner keine Wiederholung des Krieges und der mit ihm verbundenen Opfer und Einschränkungen. Das veranlaßt das Monopolkapital und seine Diener in den regierenden Kreisen der USA, nach außerordentlichen Mitteln Umschau zu halten, um die Opposition gegen den aggressiven und

expansionistischen Kurs innerhalb des Landes zu brechen und sich die Hände für die weitere Durchführung dieser gefährlichen Politik frei zu machen.

Aber der Feldzug gegen den Kommunismus, den die amerikanischen regierenden Kreise verkündet haben, die sich auf die kapitalistischen Monopole stützen, führt mit logischer Unvermeidlichkeit zu Anschlägen gegen die vitalen Rechte und Interessen der amerikanischen Werktätigen, zur inneren Faschisierung des politischen Lebens der USA sowie zur Verbreitung der wildesten, von Menschenhaß erfüllten »Theorien« und Vorstellungen. Von der Vorbereitung eines neuen, dritten Weltkrieges träumend, sind die amerikanischen expansionistischen Kreise zutiefst daran interessiert, jeden eventuellen Widerstand gegen die außenpolitischen Abenteuer innerhalb des Landes zu ersticken, die politisch ruckständigen und wenig gebildeten Massen der einfachen Amerikaner mit dem Gift des Chauvinismus und Militarismus zu verseuchen, den amerikanischen Spießbürger mit Hilfe der verschiedenen Mittel der antisowjetischen und antikommunistischen Propaganda, durch Kino, Rundfunk, Kirche und Presse zu »verdummen«. Die von der amerikanischen Reaktion inspirierte und durchgeführte expansionistische Außenpolitik sieht gleichzeitige Aktivität in allen Richtungen vor:

1. militärisch-strategische Maßnahmen,
2. wirtschaftliche Expansion und
3. ideologischen Kampf.

Die Realisierung der militärisch-strategischen Pläne der zukünftigen Aggression ist mit dem Bestreben verbunden, den gegen Ende des zweiten Weltkrieges ungemein angewachsenen Rüstungsproduktionsapparat der USA maximal auszunutzen. Der amerikanische Imperialismus führt eine konsequente Politik der Militarisierung des Landes durch. Die Ausgaben der USA für Armee und Flotte übersteigen 11 Milliarden Dollar jährlich. Für den Unterhalt der Streitkräfte der USA wurden für das Jahr 1947/48 35 Prozent des Staatshaushaltes oder elfmal mehr als im Jahre 1937/38 bewilligt.

Während zu Beginn des zweiten Weltkrieges die USA-Armee unter den Armeen der kapitalistischen Länder auf dem 17. Platz stand, nimmt sie unter ihnen gegenwärtig den ersten Platz ein. Neben der Anhäufung von Atombomben sprechen amerikanische Strategen ungeniert davon, daß in den USA die Vorbereitung der bakteriologischen Waffe erfolge.

Der militärisch-strategische Plan der USA sieht während der Friedenszeit die Schaffung zahlreicher Stützpunkte und Aufmarschgebiete vor, die vom amerikanischen Kontinent beträchtlich entfernt und zur Ausnutzung mit aggressiven Zielen gegen die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie vorgesehen sind. Amerikanische Luft- und Marinestützpunkte bestehen bereits oder werden neu geschaffen in Alaska, Japan, Italien, Südkorea, China, Ägypten, Iran, der Türkei, Griechenland, Österreich und Westdeutschland. Amerikanische Militärmissionen sind in Afghanistan und sogar in Nepal tätig. Es werden fieberhafte Vorbereitungen zur Ausnutzung der Arktis für Zwecke einer militärischen Aggression getroffen.

Obwohl der Krieg lange beendet ist, besteht nicht nur das Militärbündnis zwischen England und den USA fort, sondern sogar der Vereinigte englisch-amerikanische Stab der Streitkräfte. Unter der Flagge eines Abkommens über die Standardisierung der Waffen dehnten die Vereinigten Staaten ihre Kontrolle über die Streitkräfte und über die militärischen Pläne anderer Länder, in erster Linie Englands und Kanadas, aus. Unter der Flagge einer gemeinsamen Verteidigung der westlichen Hemisphäre geht eine Einbeziehung der Länder Lateinamerikas in den Wirkungsbereich der militärisch-expansionistischen Pläne der USA vor sich. Die USA-Regierung erklärte es für ihre offizielle Aufgabe, die Modernisierung der türkischen Armee zu fördern. Die Armee der reaktionären Kuomintang wird durch amerikanische Instruktoren ausgebildet und mit amerikanischem Material ausgerüstet. Die Militärclique wird zur aktiven politischen Kraft in den USA, indem sie in großem Maße Staatsmänner und Diplomaten stellt, die einen aggressiven militaristischen Kurs in der ganzen Politik des Landes durchführen.

Die wirtschaftliche Expansion der USA stellt eine wichtige Ergänzung zur Verwirklichung des strategischen Plans dar. Wie ein Wucherer trachtet der amerikanische Imperialismus danach, die Nachkriegsschwierigkeiten der europäischen Länder auszunutzen, insbesondere den Mangel an Roh- und

Brennstoffen sowie Nahrungsmitteln in den alliierten Ländern, die im Kriege am meisten geschädigt wurden, um ihnen seine räuberischen Bedingungen für die Hilfe zu diktieren. In Voraussicht der bevorstehenden Wirtschaftskrise beeilen sich die USA, neue Monopolsphären für Kapitalinvestitionen und Warenabsatz zu finden. Die wirtschaftliche »Hilfe« der USA verfolgt das weite Ziel, Europa durch das amerikanische Kapital zu versklaven. Je schwerer die wirtschaftliche Lage dieses oder jenes Landes ist, um so härtere Bedingungen trachten die amerikanischen Monopole ihm zu diktieren.

Aber die Wirtschaftskontrolle zieht auch die politische Unterwerfung unter den amerikanischen Imperialismus nach sich. Auf diese Weise geht die Erweiterung der Monopolabsatzsphären amerikanischer Waren bei den USA Hand in Hand mit der Erwerbung neuer Aufmarschgebiete für den Kampf gegen die neuen demokratischen Kräfte Europas. Indem sie dieses oder jenes Land vor Hunger und Verfall »retten«, erheben die amerikanischen Monopole Anspruch darauf, es jeder Selbständigkeit zu berauben. Die amerikanische »Hilfe« zieht fast automatisch eine Änderung des politischen Kurses des Landes nach sich, auf das diese »Hilfe« ausgedehnt wird: an die Macht kommen Parteien und Personen, die bereit sind, nach Richtlinien aus Washington das für die USA erwünschte Programm in der Innen- und Außenpolitik durchzuführen (Frankreich, Italien u. dgl.).

Schließlich umfaßt das Streben der USA nach der Weltherrschaft und zu einem antidemokratischen Kurs auch einen ideologischen Kampf. Die Hauptaufgabe des ideologischen Teils des amerikanischen strategischen Plans besteht darin, die öffentliche Meinung zu erpressen durch Verbreitung von Verleumdungen über die angebliche Aggressivität der Sowjetunion und der Länder der neuen Demokratie, und den angelsächsischen Block auf diese Weise in der Rolle der sich verteidigenden Partei darzustellen und ihn damit der Verantwortung für die Vorbereitung eines neuen Krieges zu entheben. In den Jahren des zweiten Weltkrieges ist die Popularität der Sowjetunion im Auslande gewaltig gewachsen. Durch ihren aufopfernden heroischen Kampf gegen den Imperialismus hat die Sowjetunion die Liebe und Achtung der werktätigen Menschen in allen Ländern erworben. Vor der ganzen Welt wurde die militärische und wirtschaftliche Macht des sozialistischen Staates, die unerschütterliche Stärke der moralisch-politischen Einheit der sowjetischen Gesellschaft anschaulich demonstriert. Die reaktionären Kreise der USA und Englands sind darum besorgt, diesen unauslöschlichen Eindruck, der von der sozialistischen Ordnung auf die Arbeiter und Werktätigen der ganzen Welt ausgeübt wird, zu verwischen. Die Kriegsbrandstifter legen sich wohl Rechenschaft darüber ab, daß eine lange ideologische Vorbereitung notwendig ist, um die Möglichkeit zu haben, ihre Soldaten in den Kampf gegen die Sowjetunion zu schicken.

Im ideologischen Kampf gegen die UdSSR griffen die amerikanischen Imperialisten, die sich in politischen Fragen nicht auskennen und dabei ihre Unwissenheit beweisen, vor allem zu der Idee, die Sowjetunion als angeblich antidemokratische, totalitäre Macht, die USA, England und die gesamte kapitalistische Welt dagegen als Demokratien hinzustellen. Diese Plattform des ideologischen Kampfes - Verteidigung der bürgerlichen Pseudodemokratie und Vorwurf des Totalitarismus gegen den Kommunismus - vereinigt ausnahmslos alle Feinde der Arbeiterklasse, von den kapitalistischen Magnaten angefangen bis zu den Führern der Rechtssozialisten, die jede Verleumdung gegen die UdSSR, die ihnen von ihren imperialistischen Herren eingeflüstert wird, mit allergrößter Bereitwilligkeit aufgreifen. Als Rückgrat dieser Gaunerpropaganda dient die Behauptung, daß das Vorhandensein mehrerer Parteien sowie einer zur Opposition organisierten Minderheit angeblich ein Merkmal wahrer Demokratie sei. Hiervon ausgehend, möchten die englischen Labouristen, die im Kampf gegen den Kommunismus keine Kräfte schonen, antagonistische Klassen und einen entsprechenden Parteienkampf in der UdSSR entdecken. Als politische Ignoranten können sie es einfach nicht verstehen, daß es in der UdSSR bereits seit langem keine Kapitalisten und Gutsherren, keine antagonistischen Klassen und infolgedessen auch nicht mehrere Parteien gibt. Sie hätten gern in der UdSSR die ihnen so lieben und teuren bürgerlichen, darunter auch pseudosozialistischen Parteien als imperialistische Agentur. Aber zu ihrem Leidwesen hat die Geschichte diese bürgerlichen Ausbeuterparteien zum Verschwinden verurteilt.

Während die Labouristen und die anderen Advokaten der bürgerlichen Demokratie nicht mit Worten zur Verleumdung des Sowjetregimes sparen, finden sie die blutige Diktatur der faschistischen Minderheit über das Volk in Griechenland und in der Türkei durchaus normal. Sie schließen vor vielen himmelschreienden Verletzungen der Normen sogar der formellen Demokratie in den bürgerlichen Ländern die Augen und

verschweigen die nationale und rassische Unterdrückung, die Korruption und die ohne viel Umstände erfolgende Usurpierung der demokratischen Rechte in den USA.

Eine der Richtungen der ideologischen »Kampagne«, die die Pläne zur Versklavung Europas begleitet, stellt der Angriff gegen den Grundsatz der nationalen Souveränität, der Appell zum Verzicht auf die souveränen Rechte der Völker dar, denen man die Idee einer »Weltregierung« gegenüberstellt. Der Sinn dieser Kampagne besteht darin, die ungezügelter Expansion des amerikanischen Imperialismus zu beschönigen, der ohne viel Umstände die souveränen Rechte der Völker verletzt, und die USA in der Rolle eines Verfechters der allgemeinmenschlichen Gesetze darzustellen, diejenigen aber, die sich dem amerikanischen Vordringen widersetzen, als Anhänger eines überlebten »egoistischen« Nationalismus zu bezeichnen. Die von bürgerlichen Intellektuellen aus den Reihen der Phantasten und Pazifisten aufgegriffene Idee einer »Weltregierung« wird nicht nur als ein Druckmittel zum Zwecke der ideellen Entwaffnung der Völker ausgenutzt, die ihre Unabhängigkeit vor den Anschlägen des amerikanischen Imperialismus verteidigen, sondern auch als eine Parole, die besonders der Sowjetunion entgegengestellt wird, die unermüdlich und konsequent die Grundsätze der tatsächlichen Gleichberechtigung und des Schutzes der souveränen Rechte aller Völker, der großen und kleinen, vertritt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen entwickeln sich die imperialistischen Länder, wie die USA, England und die ihnen nahestehenden Staaten, zu gefährlichen Feinden der nationalen Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, während die Sowjetunion und die Länder der neuen Demokratie zu zuverlässigen Stützen beim Schutz der Gleichberechtigung und der nationalen Selbstbestimmung der Völker werden.

Es ist recht kennzeichnend, daß bei der Realisierung des vom amerikanischen Imperialismus vorgebrachten ideologischen Planes in enger Zusammenarbeit sowohl die amerikanischen militärisch-politischen Kundschafter vom Typ Bullitt als auch die gelben Gewerkschaftsführer vom Typ Green und die französischen Sozialisten mit dem eingefleischten Apologeten des Kapitalismus Blum, der deutsche Sozialdemokrat Schumacher und die Labourführer vom Typ Bevin teilnehmen.

Konkrete Ausdrucksformen der expansionistischen Bestrebungen in den USA stellen gegenwärtig die »Truman-Doktrin« und der »Marshall-Plan« dar. Diese beiden Dokumente sind im Grunde genommen der Ausdruck der gleichen Politik, obwohl sie sich in der Form unterscheiden, in der in beiden Dokumenten ein und derselbe amerikanische Anspruch auf die Versklavung Europas serviert wird.

Die Hauptpunkte der »Truman-Doktrin« im Hinblick auf Europa sind folgende:

1. Schaffung amerikanischer Stützpunkte im Ostteil des Mittelmeerraums mit dem Ziel, die amerikanische Herrschaft in dieser Zone zu errichten.
2. Demonstrative Unterstützung der reaktionären Regimes in Griechenland und in der Türkei als Bastionen des amerikanischen Imperialismus gegen die neue Demokratie auf dem Balkan (Erweisung militärischer und technischer Hilfe an Griechenland und die Türkei, Gewährung von Anleihen).
3. Ständiger Druck auf die Staaten der neuen Demokratie, der darin zum Ausdruck kommt, daß man sie fälschlich des Totalitarismus und der Expansionsbestrebungen beschuldigt, die Grundlagen des neuen demokratischen Regimes attackiert, sich ständig in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten einmischt, alle staatsfeindlichen und antidemokratischen Elemente in diesen Ländern unterstützt und die Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Ländern demonstrativ abbricht, um wirtschaftliche Schwierigkeiten zu schaffen, die Wirtschaftsentwicklung dieser Länder zu hemmen, ihre Industrialisierung zu hintertreiben usw.

Die »Truman-Doktrin«, die darauf berechnet ist, jedem reaktionären Regime amerikanische Hilfe zu gewähren, das den demokratischen Völkern aktiv entgegentritt, trägt einen unverhüllt aggressiven Charakter. Ihre Veröffentlichung rief sogar in den Kreisen der an alles gewohnten amerikanischen Kapitalisten eine gewisse Verwirrung hervor. Die progressiven Elemente der Öffentlichkeit in den USA und anderen Ländern protestierten entschlossen gegen den herausfordernden, unverhüllt imperialistischen Charakter der Truman-Rede.

Die ungünstige Aufnahme der »Truman-Doktrin« machte das Auftauchen des »Marshall-Plans« notwendig - eines besser getarnten Versuches, dieselbe Expansionspolitik durchzuführen.

Das Wesen der nebelhaften, bewußt verschleierte Formulierungen des »Marshall-Plans« besteht darin, einen Block von Staaten, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber verbunden sind, zusammenzuzimmern und die amerikanischen Anleihen als Gegenleistung für den Verzicht der europäischen Staaten auf ihre wirtschaftliche und später auch auf ihre politische Selbständigkeit zu gewähren. Dabei stellt die Wiederherstellung der von den amerikanischen Monopolen kontrollierten Industriegebiete Westdeutschlands die Grundlage des »Marshall-Plans« dar.

Wie sich aus den folgenden Beratungen und Reden amerikanischer Staatsmänner ergab, besteht der »Marshall-Plan« darin, Hilfe in erster Linie nicht den verarmten Siegerländern, den Verbündeten Amerikas im Kampf gegen Deutschland, sondern den deutschen Kapitalisten zu gewähren, um, indem die USA sich die Hauptquellen der Kohlenförderung und der Metallerzeugung für den Bedarf Europas und Deutschlands unterstellen, die Staaten, die Kohle und Metall brauchen, in Abhängigkeit von der wiederherzustellenden Wirtschaftsmacht Deutschlands zu bringen.

Obwohl der »Marshall-Plan« eine endgültige Erniedrigung sowohl Englands als auch Frankreichs zu zweitrangigen Mächten vorsieht, griffen die Labour-Regierung Attlee in England und die sozialistische Regierung Ramadier in Frankreich nach dem »Marshall-Plan« wie nach einem Rettungsanker. Bekanntlich hat England die ihm im Jahre 1946 gewährte amerikanische Anleihe in Höhe von 3 Milliarden 750 Millionen Dollar in der Hauptsache bereits ausgegeben. Es ist ferner bekannt, daß die Knebelbedingungen dieser Anleihe England an Händen und Füßen gebunden haben. Nachdem die Labour-Regierung Englands bereits in die Schlinge der finanziellen Abhängigkeit von den USA geraten war, erblickte sie den einzigen Ausweg in neuen Anleihen. Sie begrüßte deshalb den »Marshall-Plan« als einen Ausweg aus der entstandenen wirtschaftlichen Sackgasse und als eine Chance, neue Kredite zu erhalten. Die englischen Politiker rechneten außerdem damit, die Schaffung eines Blocks der westeuropäischen Länder, die Schuldner der USA sind, auszunutzen, um den Versuch zu unternehmen, innerhalb dieses Blocks die Rolle des amerikanischen Kommiss zu spielen, dem es vielleicht gelingen könnte, sich auf Kosten schwacher Länder zu bereichern. Die englische Bourgeoisie träumte davon, unter Ausnutzung des »Marshall-Plans«, durch Dienstleistungen an die amerikanischen Monopole und durch Unterwerfung unter ihre Kontrolle die verlorenen Positionen in einer Reihe von Ländern wiederzugewinnen und insbesondere ihre Positionen im Balkan-Donau-Raum wiederherzustellen.

Um nach außen hin den amerikanischen Vorschlägen eine größere »Objektivität« zu verleihen, wurde beschlossen, als Initiatoren der Vorbereitung zur Durchführung des »Marshall-Plans« auch Frankreich hinzuzuziehen, das seine Souveränität zugunsten der USA bereits zur Hälfte geopfert hatte, da die von den Vereinigten Staaten von Amerika im Mai 1947 an Frankreich gewährte Anleihe von der Entfernung der Kommunisten aus der französischen Regierung abhängig gemacht worden war.

Auf Anweisung Washingtons schlugen die Regierungen Englands und Frankreichs der Sowjetunion vor, an der Erörterung der Marshall-Vorschläge teilzunehmen. Ein solcher Schritt sollte den der UdSSR gegenüber feindlichen Charakter dieser Vorschläge tarnen. Die Berechnung bestand darin, daß es möglich sein würde, da es im Voraus wohlbekannt war, daß, die UdSSR die Erörterung von Vorschlägen über eine amerikanische Hilfe unter den von Marshall vorgeschlagenen Bedingungen ablehnen würde, der UdSSR die Verantwortung dafür in die Schuhe zu schieben, daß sie angeblich »nicht den Wunsch hätte, zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beizutragen« und damit gegen die UdSSR die europäischen Länder aufzubringen, die reale Hilfe brauchen. Wenn aber die Sowjetunion sich an den Besprechungen beteiligte, dann würde es um so leichter sein, die Länder Ost- und Südosteuropas in die Falle der »wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas mit Hilfe Amerikas« zu locken. Während der Truman-Plan seine Hoffnung auf die terroristische Einschüchterung dieser Länder setzte, war der »Marshall Plan« darauf berechnet, ihre Standhaftigkeit in wirtschaftlicher Hinsicht zu sondieren und den Versuch zu unternehmen, diese Länder zu verführen und darauf mit der Dollar-»Hilfe« zu fesseln.

Der »Marshall-Plan« war im betreffenden Falle dazu berufen, zur Verwirklichung einer der wichtigsten

Aufgaben des allgemeinen amerikanischen Programms beizutragen - die Macht des Imperialismus in den Ländern der neuen Demokratie wiederherzustellen und sie zu einem Verzicht auf ihre enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu zwingen.

Die Vertreter der UdSSR, die sich bereit erklärt hatten, die Vorschläge Marshalls gemeinsam mit den Regierungen Englands und Frankreichs in Paris zu beraten, enthüllten auf der Pariser Beratung die Haltlosigkeit der Aufgabenstellung, ein Wirtschaftsprogramm für ganz Europa auszuarbeiten, und entlarvten den Versuch, in Gestalt einer neuen europäischen Organisation unter der Ägide Frankreichs und Englands die Gefahr einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der europäischen Länder und einer Verletzung ihrer Souveränität zu schaffen. Sie zeigten auf, daß der »Marshall-Plan« den normalen Grundsätzen der internationalen Zusammenarbeit widerspricht, daß er die Gefahr der Spaltung Europas sowie der Unterwerfung einer Reihe von europäischen Ländern unter die Interessen des amerikanischen Kapitalismus in sich birgt und darauf berechnet ist, den Monopolkonzernen Deutschlands, deren Wiederherstellung im »Marshall-Plan« ganz offenkundig eine besondere Rolle in Europa eingeräumt wurde, noch vor den Alliierten Hilfe zu erweisen.

Diese klare Stellungnahme der Sowjetunion riß dem Plan der amerikanischen Imperialisten und ihrer englisch-französischen Handlanger die Maske herunter.

Die gesamteuropäische Beratung ist schmählich gescheitert. Neun europäische Staaten haben es abgelehnt, an ihr teilzunehmen. Aber auch von den Staaten, die sich bereit erklärt haben, an der Erörterung des »Marshall-Plans« teilzunehmen und konkrete Maßnahmen zu seiner Durchführung auszuarbeiten, wurde dieser »Plan« ohne besondere Begeisterung aufgenommen, um so mehr, als sich schon bald herausstellte, daß die Vermutung der UdSSR, von diesem Plan bis zu einer wirklich realen Hilfe sei es noch weit, sich voll und ganz bewahrheitet hat. Es stellte sich heraus, daß die USA-Regierung sich überhaupt nicht beeilt, Marshalls Versprechungen zu realisieren. Amerikanische Kongreßmitglieder haben zugegeben, daß der Kongreß die Frage der neuen Anweisungen für Kredite an die einzelnen europäischen Länder nicht vor 1948 prüfen wird.

Auf diese Weise wurde offenkundig, daß England, Frankreich und andere westeuropäische Staaten, die das Pariser Schema der »Realisierung« des »Marshall-Plans« angenommen hatten, selbst zu Opfern der amerikanischen Erpressung wurden.

Die Versuche, einen Westblock unter der Ägide Amerikas zusammenzuzimmern, dauern jedoch an.

Man muß darauf hinweisen, daß die amerikanische Variante des Westblocks sogar in solchen bereits von den Vereinigten Staaten abhängigen Ländern wie England und Frankreich auf starken Widerstand stoßen muß. Die Aussicht auf die Wiederherstellung des deutschen Imperialismus als einer realen Kraft, die imstande wäre, der Demokratie und dem Kommunismus in Europa zu widerstehen, kann weder England noch Frankreich verlocken. Hier liegt einer der Hauptwidersprüche innerhalb des Blocks England – USA – Frankreich. Die amerikanischen Monopole rechnen ebenso wie die ganze internationale Reaktion offenbar nicht damit, daß Franco oder die griechischen Faschisten ein irgendwie zuverlässiges Bollwerk der USA gegen die UdSSR und die neuen Demokratien in Europa sein könnten. Deshalb setzen sie besondere Hoffnungen auf die Wiederherstellung des kapitalistischen Deutschlands und erblicken darin die wichtigste Garantie für den Erfolg des Kampfes gegen die demokratischen Kräfte in Europa. Sie vertrauen weder den Labouristen in England noch den Sozialisten in Frankreich und halten diese trotz aller bewiesenen Dienstbereitschaft für »Halbkommunisten«, die nicht genügend vertrauenswürdig sind.

Das ist der Grund, weshalb die Deutschlandfrage und insbesondere das Problem des Ruhrgebietes als potentielle rüstungsindustrielle Basis eines der UdSSR feindlichen Blocks die wichtigste Frage der internationalen Politik und die Streitfrage zwischen den USA, England und Frankreich darstellt.

Der Appetit der amerikanischen Imperialisten muß beträchtliche Unruhe in England und Frankreich hervorrufen. Die USA haben unzweideutig zu verstehen gegeben, daß sie die Ruhr den Engländern wegnehmen wollen. Die amerikanischen Imperialisten fordern ferner die Vereinigung der drei

Besatzungszonen und die offene Vollziehung der politischen Absonderung Westdeutschlands unter amerikanischer Kontrolle. Die USA bestehen auf einer Erhöhung der Stahlerzeugung im Ruhrbecken auf der Basis der Erhaltung der kapitalistischen Betriebe unter der Ägide der USA. Die von Marshall versprochenen Kredite für den europäischen Wiederaufbau werden in Washington als vordringliche Hilfe für die deutschen Kapitalisten aufgefaßt.

Auf diese Weise wird der »Westblock« von Amerika nicht nach dem Vorbild des Churchill-Plans der »Vereinigten Staaten von Europa« zusammengezimmert, die als Vollstrecker der englischen Politik gedacht waren, sondern als ein amerikanisches Protektorat, in dem den souveränen europäischen Staaten, England selbst nicht ausgeschlossen, ein Platz eingeräumt wird, der von dem berüchtigten »49. Staat von Amerika« nicht allzu weit entfernt ist. Der amerikanische Imperialismus malträtiert England und Frankreich immer frecher und ungenierter. Die zweiseitigen und dreiseitigen Beratungen über die Fragen der Festsetzung des Niveaus der Industrieerzeugung Westdeutschlands (England - USA, England – USA - Frankreich) stellen eine willkürliche Verletzung der Potsdamer Beschlüsse dar, demonstrieren aber gleichzeitig die völlige Ignorierung der vitalen Interessen der Verhandlungspartner durch die USA. England und insbesondere Frankreich sind gezwungen, das amerikanische Diktat gehorsam anzunehmen. Das Auftreten der amerikanischen Diplomatie in London und Paris erinnert in vielem an ihr Auftreten in Griechenland, wo die amerikanischen Vertreter es bereits gar nicht mehr für nötig halten, irgendwelche Anstandsregeln einzuhalten, sondern die griechischen Minister nach ihrem Belieben ernennen und absetzen und sich wie Eroberer aufführen. Somit richtet sich der neue Plan der »Dawesierung« Europas gegen die grundlegenden Interessen der europäischen Völker und stellt einen Plan der Knebelung und Versklavung Europas durch die Vereinigten Staaten dar.

Der »Marshall-Plan« ist gegen die Industrialisierung der demokratischen Länder Europas und folglich gegen die Grundlagen ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit gerichtet. Wenn der Plan einer »Dawesierung« Europas sich seinerzeit als zum Scheitern verurteilt erwies, und zwar zu einer Zeit, wo die Kräfte des Widerstandes gegen den Dawes-Plan weitaus geringer als jetzt waren, so sind heute im Nachkriegseuropa, ganz zu schweigen von der Sowjetunion, durchaus genügend Kräfte vorhanden, die diesen Knebelplan zum Scheitern bringen können, wenn sie Willen und Entschlossenheit an den Tag legen. Es handelt sich um den Willen und die Bereitschaft der Völker Europas zum Widerstand. Was die UdSSR anbetrifft, so wird sie alle Kräfte daransetzen, damit diesem Plan keine Verwirklichung beschert sei.

Die Einschätzung des »Marshall-Plans« durch die Länder des antiimperialistischen Lagers ist durch den ganzen Verlauf der Ereignisse vollumfänglich bestätigt worden. In bezug auf den »Marshall-Plan« zeigte sich das Lager der demokratischen Länder als mächtige Kraft, die auf Wacht für die Unabhängigkeit und Souveränität aller europäischen Völker steht und die der Erpressung und Einschüchterung ebensowenig nachgibt, wie sie sich von den Scheinmanövern der Dollardiplomatie täuschen läßt.

Die Sowjetregierung hat niemals der Ausnutzung ausländischer, insbesondere amerikanischer Kredite widersprochen, soweit sie ein Mittel sind, das imstande wäre, den Prozeß des wirtschaftlichen Aufbaus zu beschleunigen. Die Sowjetunion ging jedoch stets davon aus, daß die Bedingungen des Kredits keinen Knebelcharakter tragen und zu keiner wirtschaftlichen und politischen Versklavung des Schuldnerstaates durch den Gläubigerstaat führen dürfen. Von dieser politischen Einstellung ausgehend, vertrat die Sowjetunion stets den Standpunkt, daß Auslandskredite nicht als Hauptmittel beim Wiederaufbau der Wirtschaft des Landes dienen dürfen. Die wichtigste und entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederherstellung muß die Ausnutzung der inneren Kräfte und Hilfsquellen eines jeden Landes und die Schaffung einer eigenen Industrie sein. Nur auf dieser Grundlage kann die Unabhängigkeit eines Landes gegen die Anschläge des ausländischen Kapitals gewährleistet werden, das ständig die Tendenz zeigt, den Kredit als ein Werkzeug der politischen und wirtschaftlichen Knebelung auszunutzen. Von eben dieser Art ist auch der »Marshall-Plan«, der gegen die Industrialisierung der Länder Europas gerichtet und folglich auf eine Untergrabung ihrer Selbständigkeit berechnet ist.

Die Sowjetunion setzt sich unermüdlich für den Standpunkt ein, daß die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten ausschließlich auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Partner und der gegenseitigen Achtung ihrer souveränen Rechte aufzubauen sind. Die sowjetische Außenpolitik,

insbesondere die sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Staaten sind auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung und der Gewährleistung wechselseitiger Vorteile durch das geschlossene Abkommen aufgebaut. Die Verträge mit der UdSSR stellen Abkommen dar, die für ihre Teilnehmer beiderseitig günstig sind, und enthalten niemals irgendwelche Anschläge gegen die staatliche Unabhängigkeit, gegen die nationale Souveränität der Vertragspartner. Dieses grundlegende Unterscheidungsmerkmal der Abkommen der UdSSR mit anderen Staaten tritt besonders klar hervor im Lichte der ungerechten, nicht auf Gleichberechtigung beruhenden Verträge, die jetzt von den Vereinigten Staaten abgeschlossen und vorbereitet werden. Die sowjetische Außenhandelspolitik kennt keine Abmachungen, die nicht auf Gleichberechtigung beruhen. Darüber hinaus zeigt die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR mit allen daran interessierten Staaten, auf welchen Grundlagen die normalen Beziehungen zwischen Staaten aufgebaut werden müssen. Es genügt, an die kürzlich abgeschlossenen Verträge der UdSSR mit Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Finnland zu erinnern. Dadurch zeigt die UdSSR klar, auf welchen Wegen Europa einen Ausweg aus der schwierigen Wirtschaftslage finden kann. Einen solchen Vertrag könnte auch England haben, wenn die Labour-Regierung nicht das bereits entworfene Abkommen mit der UdSSR unter Druck von außen vereitelt hätte.

Die Entlarvung des amerikanischen Plans zur wirtschaftlichen Versklavung der europäischen Länder ist ein unbestreitbares Verdienst der Außenpolitik der UdSSR und der Länder der neuen Demokratie.

Man muß sich dabei vor Augen halten, daß Amerika selbst von einer Wirtschaftskrise bedroht ist. Die offizielle Großzügigkeit Marshalls hat ihre gewichtigen Ursachen. Wenn die europäischen Länder keinen amerikanischen Kredit erhielten, sänke die Nachfrage dieser Länder nach amerikanischen Waren ab, und das würde eine Beschleunigung und Verstärkung der heranrückenden Wirtschaftskrise in den USA zur Folge haben. Deshalb kann Amerika, wenn die europäischen Länder die notwendige Ausdauer und Widerstandsbereitschaft gegen die Knebelbedingungen des amerikanischen Kredits zeigen, zu einem Rückzug gezwungen werden.

IV. Die Aufgaben der kommunistischen Parteien bei der Zusammenfassung der demokratischen antifaschistischen friedliebenden Elemente im Kampf gegen die neuen Kriegs- und Aggressionspläne

Die Auflösung der Komintern, die den Forderungen der Entwicklung der Arbeiterbewegung unter den neuen historischen Verhältnissen entsprach, hat ihre positive Rolle gespielt. Die Auflösung der Komintern hat für immer der von den Gegnern des Kommunismus und der Arbeiterbewegung vorgebrachten verleumderischen Behauptung ein Ende bereitet, daß Moskau sich angeblich in das innere Leben anderer Staaten einmische und daß die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder angeblich nicht im Interesse ihres Volkes, sondern auf Befehl von außen handeln.

Die Komintern wurde nach dem ersten Weltkrieg geschaffen, als die kommunistischen Parteien noch schwach waren, eine Verbindung zwischen der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern fast noch nicht bestand und die kommunistischen Parteien noch keine allgemein anerkannten Führer der Arbeiterbewegung besaßen. Die Verdienste der Komintern bestehen darin, daß sie die Verbindung zwischen den Werktätigen der verschiedenen Länder wiederherstellte und festigte, die theoretischen Fragen der Arbeiterbewegung unter den neuen Verhältnissen, wie sie sich nach dem ersten Weltkrieg ergaben, ausarbeitete, allgemeine Normen für die Propaganda und Agitation der kommunistischen Ideen aufstellte und die Ausbildung von Führern der Arbeiterbewegung erleichterte. Dadurch wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die jungen kommunistischen Parteien zu Massenparteien der Arbeiter zu machen. Mit der Verwandlung der kommunistischen Parteien in Massenparteien der Arbeiter wurde jedoch die Leitung dieser Parteien von einem Zentrum aus unmöglich und unzweckmäßig. Dadurch begann die Komintern sich aus einem Faktor, der die Entwicklung der kommunistischen Parteien förderte, in einen Faktor zu verwandeln, der diese Entwicklung hemmte. Die neue Etappe in der Entwicklung der kommunistischen Parteien erforderte neue Formen der Verbindung zwischen den Parteien. Diese Umstände bestimmten die Notwendigkeit, die Komintern aufzulösen und neue Formen der Verbindung zwischen den Parteien zu schaffen.

In den vier Jahren, die seit der Auflösung der Komintern verflossen sind, vollzog sich eine bedeutende Festigung der kommunistischen Parteien, eine Verstärkung ihres Einflusses in fast allen Ländern Europas

und Asiens. Der Einfluß der kommunistischen Parteien wuchs nicht nur in Osteuropa, sondern auch in fast allen Ländern Europas, wo der Faschismus herrschte, sowie in den Ländern, welche die deutschfaschistische Okkupation erlebt haben - in Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, Dänemark, Finnland usw. Der Einfluß der Kommunisten erstarkte besonders in den Ländern der neuen Demokratie, wo die kommunistischen Parteien die einflußreichsten Parteien des Staates sind.

Die gegenwärtige Lage der kommunistischen Parteien hat aber auch ihre Mängel. Einige Genossen haben die Sache so aufgefaßt, als ob die Auflösung der Komintern die Beseitigung jeder Verbindung, jedes Kontakts zwischen den kommunistischen Bruderparteien bedeute. Dabei zeigte die Erfahrung, daß eine derartige Getrenntheit der kommunistischen Parteien voneinander unrichtig, schädlich und im Grunde genommen unnatürlich ist. Die kommunistische Bewegung entwickelt sich im nationalen Rahmen, hat aber gleichzeitig für die Parteien der verschiedenen Länder gemeinsame Aufgaben und Interessen. Es entsteht ein recht sonderbares Bild: die Sozialisten, die sich förmlich überschlugen, um zu beweisen, daß die Komintern angeblich die Richtlinien Moskaus für die Kommunisten aller Länder herausgab, haben ihre Internationale wiederhergestellt, während die Kommunisten aus Furcht vor der Verleumdung der Feinde bezüglich der »Hand von Moskau« sogar auf Zusammenkünfte verzichten, ganz zu schweigen von Beratungen über Fragen von gemeinsamem Interesse. Vertreter der verschiedensten Tätigkeitskreise: Gelehrte, Genossenschaftler, Gewerkschafter, Jugendliche und Studenten, halten es für möglich, einen internationalen Kontakt aufrechtzuerhalten, ihre Erfahrungen auszutauschen, sich über Fragen ihrer Arbeit zu beraten sowie internationale Konferenzen und Beratungen zu veranstalten. Die Kommunisten hingegen, sogar von Ländern, die miteinander verbündet sind, genießen sich, freundschaftliche Beziehungen untereinander aufzunehmen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß eine solche Situation äußerst schädliche Folgen für die Entwicklung der Arbeit der Bruderparteien in sich bergen würde, falls sie weiterhin andauerte. Dieses Bedürfnis nach Beratung und freiwilliger Koordinierung der Tätigkeit der einzelnen Parteien ist jetzt ganz besonders dringlich, wo die andauernde Isolierung zu einer Abnahme des gegenseitigen Verständnisses und zuweilen zu ernstern Fehlern führen kann.

Da ein großer Teil der Führung der sozialistischen Parteien (vor allem die englischen Labouristen und die französischen Sozialisten) als Agentur der imperialistischen Kreise der USA auftritt, fällt den Kommunisten die besondere historische Rolle zu, sich an die Spitze des Widerstandes gegen den amerikanischen Plan zur Versklavung Europas zu stellen und alle Helfershelfer des amerikanischen Imperialismus im eigenen Lande mutig zu entlarven. Gleichzeitig müssen die Kommunisten alle wirklich patriotischen Elemente unterstützen, die nicht gewillt sind, ihr Vaterland beleidigen zu lassen, und die gegen die Versklavung ihres Heimatlandes durch das Auslandskapital und für seine nationale Souveränität zu kämpfen bereit sind. Bei der Einbeziehung aller antifaschistischen freiheitliebenden Elemente in den Kampf gegen die neuen amerikanischen Expansionspläne zur Versklavung Europas müssen die Kommunisten die führende Kraft sein.

Man muß sich vor Augen halten, daß es von dem Wunsche der Imperialisten, einen neuen Krieg zu entfesseln, bis zur Möglichkeit, einen solchen Krieg zu organisieren, gewaltig weit ist. Die Völker der Welt wollen keinen Krieg. Die Kräfte, die für den Frieden eintreten, sind so bedeutend und groß, daß die Pläne der Aggressoren ein völliges Fiasko erleiden, wenn diese Kräfte bei der Verteidigung des Friedens standhaft und fest bleiben, wenn sie Ausdauer und Unerschütterlichkeit zeigen werden. Man darf nicht vergessen, daß das Geschrei der imperialistischen Agenten über die Kriegsgefahr den Zweck hat, die Nervenschwachen und Schwankenden einzuschüchtern und durch Erpressung Konzessionen an den Aggressor zu erreichen.

Die Hauptgefahr für die Arbeiterklasse besteht jetzt in der Unterschätzung der eigenen Kräfte und in der Überschätzung der gegnerischen Kräfte. Genau so, wie die München-Politik in der Vergangenheit der Hitleraggression die Hände frei gemacht hat, so können auch Konzessionen an den neuen Kurs der USA und des imperialistischen Lagers seine Inspiratoren nur noch frecher und aggressiver machen. Deshalb müssen die kommunistischen Parteien sich an die Spitze des Widerstandes gegen die Pläne der imperialistischen Expansion und Aggression auf allen Gebieten stellen - auf staatlichem, wirtschaftlichem und ideologischem -, sie müssen sich zusammenschließen, ihre Anstrengungen auf der Grundlage einer allgemeinen antiimperialistischen und demokratischen Plattform vereinigen und alle demokratischen und patriotischen Kräfte des Volkes um sich sammeln.

Den kommunistischen Bruderparteien Frankreichs, Italiens, Englands und der anderen Länder fällt eine besondere Aufgabe zu. Sie müssen das Banner der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder hochhalten. Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihrem Posten stehen, wenn sie sich nicht einschüchtern und erpressen lassen, wenn sie mutig auf der Wacht für einen dauerhaften Frieden und die Volksdemokratie, auf der Wacht für die nationale Souveränität, die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder stehen, wenn sie es verstehen, in ihrem Kampf gegen die Versuche zur wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder sich an die Spitze aller Kräfte zu stellen, die die Sache der Ehre und der nationalen Unabhängigkeit zu verteidigen bereit sind, dann werden keine Pläne zur Versklavung Europas verwirklicht werden können.